

Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #8

Kommt jetzt ein europäischer Gaspreisdeckel?

Liebe Freund*innen, liebe Interessierte,

In unserem heutigen Wirtschafts-Background Briefing thematisieren wir dieses Mal die Möglichkeiten eines europäischen Gaspreisdeckels.

Inhalt:

1. Das Potenzial des **von-der-Leyen-Briefs** und Vorteile eines **europäischen Gaspreisdeckels**
 2. Die deutsche **Bundesregierung in der Kritik**
 3. Ist das **deutsche Hilfspaket** wettbewerbsrechtlich zu vertreten
-

Potenzial des von der Leyen-Briefs

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in ihrem Brief an die Mitgliedstaaten ihre Pläne zur Bewältigung der Energiekrise vorgestellt. Anbei folgt eine kurze Einschätzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

a) Ein möglicher europäischer Gaspreisdeckel

Die Grünen/EFA Fraktion im Europaparlament unterstützt ausdrücklich die Bemühungen der EU-Kommission zur Einführung eines europaletten Gaspreisdeckels für Importe unabhängig von ihrer Herkunft. Auch ist es wichtig und richtig, dass die Deckelung des Gaspreises mit verbindlichen Gaseinsparungszielen durch alle Mitgliedstaaten und einen verbindlichen gemeinsamen Gaseinkauf/Verteilung einhergeht.

Es gibt die Möglichkeit, auf europäischer Ebene den Preis durch einen Festpreis zu deckeln, der die exorbitanten Preissteigerungen verhindert und gleichzeitig, wenn er hoch genug angesetzt ist, es Gaslieferanten noch attraktiv genug macht, Gas an die EU zu liefern.

[What to cap policy report \(EN / PDF-File\)](#)

Alternativ fordern die EU Staaten Italien, Griechenland, Polen und Belgien einen dynamischen Deckel, der Ober- und Untergrenzen festsetzt und somit eine gewisse Dynamik lässt. Dieses Modell greift die Kritik an Festpreisen auf, aber überlässt die Preisentwicklung nicht komplett den Energiemärkten.

[Four EU countries float 'dynamic' price corridor for gas \(EN\)](#)

Aus Grüner Sicht sind beide Modelle geeignet, um auf europäischer Ebene Preisexplosionen zu bremsen und gleichzeitig die Energieversorgung sicherzustellen.

In Anbetracht der Dringlichkeit, die Gaspreise unter Kontrolle zu bekommen und vor dem Hintergrund, dass dies als eine ad hoc Übergangslösung angedacht ist, gilt es nun, keine Zeit zu verlieren. Die EU-Kommission muss endlich Nägel mit Köpfen machen und bremsende Mitgliedstaaten müssen ihre Opposition aufgeben.

b) Wie sinnvoll ist der angedachte ergänzende Preisindex für LNG?

Diese Option vertagt die Reform des Gaspreismarktes und versucht die Mitgliedsstaaten mit Absichtserklärungen zu vertrösten, die TTF (Title Transfer Facility) perspektivisch mit einem ergänzenden EU-Preisindex zu komplementieren. Hier fordern wir schnell konkrete Vorschläge, um sicherzustellen, dass die EU nicht weiterhin deutlich mehr auf dem Weltmarkt bezahlen muss, als unsere globalen Wettbewerber. Inzwischen fordert die Mehrheit der EU Mitgliedsstaaten eine Preisdeckelung auf europäischer Ebene. Die Zeit drängt.

c) Wir brauchen den gemeinsamen Gaseinkauf

Es ist zu begrüßen, dass die Kommission sich für die Kooperation über die gemeinsame EU-Gasabnahmeplattform ausspricht und somit dem preistreibenden

Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten untereinander eine deutlich effizientere Möglichkeit zur Kooperation entgegengesetzt. Die Möglichkeiten der bisher kaum genutzten Infrastruktur dazu müssen nun endlich von Mitgliedstaaten und Händlern aktiv ausgeschöpft werden. Die Kommission muss hier die koordinierende Rolle spielen. Sie muss nun schnellstens dafür sorgen, dass Mitgliedstaaten und andere Akteure am Markt die Pläne in die Tat umsetzen. Es muss hierbei auch sichergestellt werden, dass alle Bezugsvereinbarungen hinsichtlich der Mengen und Dauer der Lieferungen mit den EU-Klimazielen im Einklang stehen, um den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis spätestens 2035 nicht zu untergraben.

d) Investitionen in Energieunabhängigkeit

Frau von der Leyen schreibt, dass zusätzliche Investitionen in unsere Energieunabhängigkeit notwendig sind. Doch mit ihrem Fokus auf Gasförderinfrastruktur und Pipelines scheint die EU-Kommission immer noch im fossilen Zeitalter festzustecken. Investitionen sollten sich auf erneuerbare Energien und Energieeinsparpotenziale beschränken, um Europa wirklich energieunabhängig und klimaneutral zu machen.

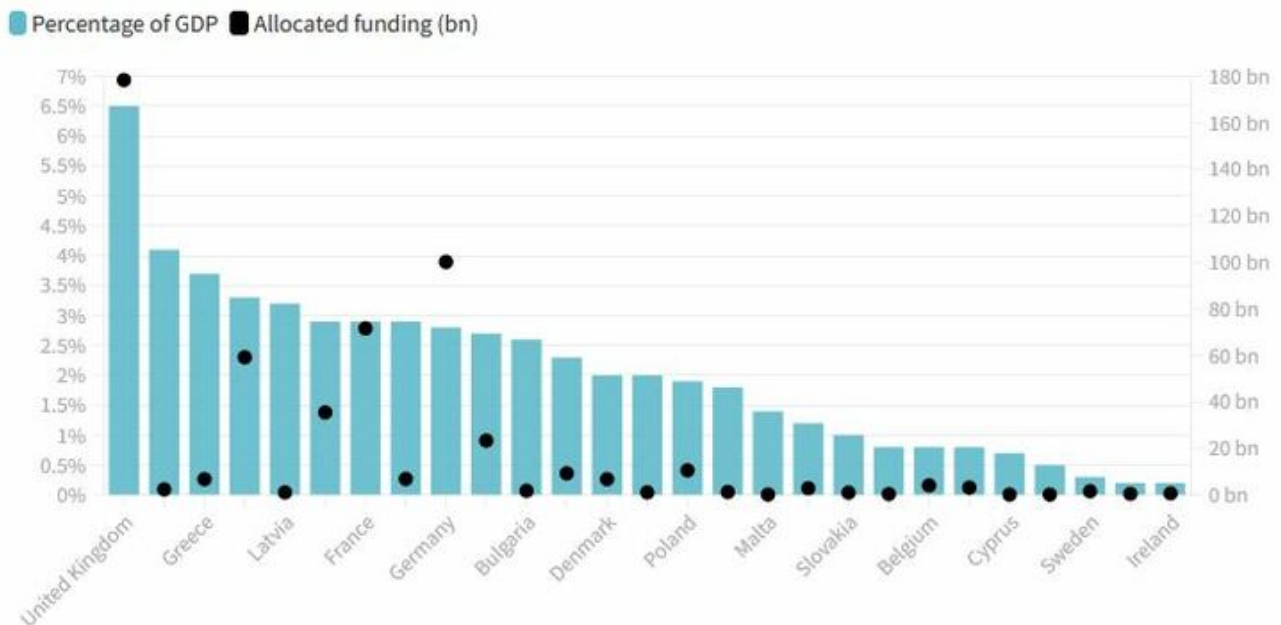
Wir begrüßen, dass die EU-Kommission Mittel und Wege prüft, um diese dringend notwendigen Investitionen zu finanzieren und wir fordern in diesem Kontext eine Wiederaufnahme von gemeinschaftlichen Schulden nach dem Vorbild des Wiederaufbaufonds, um sicherzustellen, dass sämtliche Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden zur europäischen Energieunabhängigkeit beizutragen.

Deutschland in der Kritik

a) Wer hat wie viel für Hilfspakete ausgegeben?

Das neue deutsche Paket kommt zu den umfangreichen Mitteln hinzu, die Berlin bereits bereitgestellt hat, um Haushalte und Unternehmen vor hohen Energiepreisen zu schützen und Energieunternehmen zu unterstützen. In den 12 Monaten bis September hat Berlin mehr als 100 Milliarden Euro bereitgestellt, um Familien und Unternehmen zu unterstützen, die mit steigenden Gas- und Stromrechnungen zu kämpfen haben, und weitere 85 Milliarden Euro, um Energieunternehmen zu stützen. Diesen Schritt begrüßen wir Grüne ausdrücklich. Es ist richtig, in die Energiemärkte auch national durch Preisdeckelung einzugreifen und Entlastungspakete zu schnüren.

Hier eine Übersicht der Denkfabrik *Bruegel*, die aufzeigt, wie viel die einzelnen Länder nominal ausgegeben haben und wie groß der Anteil der Ausgaben im Verhältnis zum nationalen BIP ist. Wie wir sehen, übertrumpft Deutschland die anderen bei weitem.



b) Warum die anderen sauer sind?

Nach allem, was bekannt ist, hat vor allem die deutsche Bundesregierung Druck auf die EU-Kommission ausgeübt, keinen Vorschlag für einen europäischen Gaspreisdeckel zu machen, obwohl das 15 andere EU-Staaten zuletzt in einem Brief an die Kommission gefordert hatten. Am Vorabend eines Dringlichkeitstreffens der EU-Energieminister am 30. September präsentierte Deutschland dann sein eigenes Entlastungspaket, das eine Art nationalen Gaspreisdeckel beinhaltet. Andere EU-Länder fühlten sich ausgebootet und warfen Deutschland vor, nach nationalen Egoismen zu handeln.

Sowohl der italienische Ministerpräsident Mario Draghi als auch der französische Finanzminister Bruno Le Maire nahmen kein Blatt vor den Mund und warnten vor der Gefahr einer Fragmentierung der Eurozone.

Die französischen und italienischen Kommissare Thierry Breton und Paolo Gentiloni forderten in einem Artikel, der in vielen Zeitungen veröffentlicht wurde, eine gesamteuropäische Antwort.

Am Mittwoch griff sogar Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diese Kritik auf, wenn auch indirekt. "Um eine ernsthafte Zersplitterung zu vermeiden, brauchen wir eine einheitliche und gemeinsame europäische Antwort", heißt es in ihrem oben genannten Brief an die europäischen Staats- und Regierungschefs vor dem Europäischen Rat in Prag.

Andere Länder können sich keine staatlichen Hilfen wie Deutschland leisten, müssen aber auch hohe Energiepreise zahlen. Vieles erinnert an vergangene Krisen, in denen Deutschland vor allem die eigenen Unternehmen unterstützt hat, während andere EU-Staaten noch jahrelang mit den Nachwirkungen der Krisen zu kämpfen hatten.

Dabei profitiert auch Deutschland – sogar überproportional – von einer gesunden Eurozone und einer wirtschaftlich gut aufgestellten EU.

Wenn der europäische Binnenmarkt durch die Entwicklung in anderen Staaten gefährdet ist, leiden unsere Unternehmen.

c) Was die Bundesregierung jetzt tun muss

Die Bundesregierung muss nun überdeutlich machen, dass sie die EU-Partner nicht alleine lässt. Sie sollte alle Maßnahmen, die auch in anderen Ländern die Preise senken, unterstützen. Neben einem europäischen Gaspreisdeckel und gemeinsamen Gaseinkäufen sprechen wir für uns für einen Investitionsfonds nach Vorbild des Coronawiederaufbaufonds – dieses Mal aber zur Finanzierung eines zügigen und massiven Ausbaus erneuerbarer Energieträger innerhalb der EU – aus.

Dass Kanzler Scholz und Finanzminister Lindner einen solchen Fonds in Brüssel blockieren, ist beschämend.

Immer mehr EU-Nachbarn wenden sich zu Recht gegen die deutsche Bundesregierung. Wir fordern Kanzler Scholz dazu auf, sich in diesen Fragen zu bewegen und eine europäische Führungsrolle einzunehmen.

Hier auch mein Statement, gemeinsam mit meinem Kollegen Ernest Urtasun, in dem wir konkret zur Einrichtung eines solchen Fonds aufrufen:

[New 'Pandemic-level' Solidarity Fund needed in the face of pan- EU energy crisis & war \(EN\)](#)

Diskussion um wettbewerbsrechtliche Konsequenzen des deutschen Hilfspakets

Das deutsche 200 Milliarden Hilfspaket stellt eine staatliche Beihilfe dar. Solche Subventionen müssen von der EU-Kommission genehmigt werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Kommission das Paket nicht billigen wird. Aber dazu muss sie beweisen, dass es keine Gefahr für den Wettbewerb innerhalb der EU darstellt. Es könnte auch sein, dass dies Änderungen am Paket erfordert, um sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen keinen Vorteil gegenüber der EU-Konkurrenz erhalten.

Dies wird unter besonders großer Aufmerksamkeit der anderen EU-Staaten stattfinden, denn viele andere EU-Regierungen befürchten ja genau das: Die Zersplitterung des Binnenmarkts. Einige beschwören schon einen möglichen Subventionswettbewerb – zumindest zwischen den großen Staaten mit starker Wirtschaftskraft. Dort ansässige Energieunternehmen könnten ihre Regierungen unter Druck setzen, auch weitere Hilfspakete zu schnüren.

Die EU hatte ihre Vorschriften für staatliche Beihilfen während der Pandemie aufgeweicht, so dass die Länder viele Arten an Subventionen unter einem "Temporary Framework" deklarieren konnten.

Dieses "Temporary Framework" soll nun verlängert werden. [Die Europäische Kommission hat heute den Mitgliedstaaten den Vorschlag dazu zur Konsultation übermittelt. \(EN\)](#)

Deutschland hat den Antrag auf Genehmigung noch nicht offiziell gestellt. Nun kommt es auf juristische Feinheiten bei der Antragstellung an, die entscheidend sind dafür, ob das Paket unter das Temporary Framework oder unter die normalen Beihilferegulung fällt. Wir Grüne fordern die EU Kommission auf, den Weg für solche Hilfspakete freizumachen.



Dir hat der Money Matters gefallen, dann empfehle den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Du hast Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreibe uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melde dich mit deiner eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

[Anmeldung Money Matters Newsletter](#)

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parliament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

[Anmeldung Europa Newsletter](#)

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)